



Antrag: A1 Klare Positionierung gegen die (Wieder-)Einführung der Wehrpflicht
Antragsteller_in: Bundesvorstand
Eingereicht am: 18.11.2025

Die BDV möge beschließen:

1. Der BDP spricht sich unmissverständlich gegen jede Form von Wehrpflicht, Zwangsdienst oder staatlichem Zugriff auf junge Menschen im Kontext militärischer Strukturen aus.

Als antifaschistischer und emanzipatorischer Pfadfinder*innenverband verteidigen wir die Freiheit und Selbstbestimmung junger Menschen. Jede Form militärischer Zwangsverpflichtung widerspricht unserem Verständnis von Erziehung zu Frieden, demokratischer Teilhabe und kritischem Denken. Unsere klare Solidarität gilt allen Menschen, die sich aus politischen, moralischen, religiösen oder persönlichen Gründen weigern, an Krieg oder militärischer Gewalt teilzunehmen, unabhängig davon, ob sie eine zivile Alternative wählen, desertieren, fliehen oder untertauchen müssen.

2. Wir bekräftigen das Recht von Kindern und Jugendlichen, frei von militaristischen Einflussnahmen aufzuwachsen.

Die beschlossene Wiedereinführung der Wehrpflicht setzt junge Menschen erneut staatlichem Druck aus, sich militärischen Logiken zu unterwerfen, anstatt ihre persönliche Entwicklung, ihren Schutz und eine demokratische Gesellschaft zu fördern.

Wir fordern, dass jegliche Werbung für Kriegs- und Militärdienste in Schulen, Jugendzentren, Jugendverbänden, Berufs- und Zukunftsmessen sowie in sozialen Medien unterlassen wird. Dies schließt sowohl allgemeine Werbung als auch zielgruppenspezifische Rekrutierungsmaßnahmen ein, die gezielt Jugendliche ansprechen, um sie für militärische Dienste zu gewinnen.

Räume, in denen Jugendliche lernen, sich entfalten und ihre Zukunftsperspektiven entwickeln, dürfen nicht für Rekrutierung instrumentalisiert werden.

3. Wir wenden uns klar gegen sicherheitspolitische Debatten, die den gesellschaftlichen Umgang mit Jugend überwiegend durch das Prisma militärischer Verfügbarkeit betrachten.

Junge Menschen sind nicht „Ressourcen“ für Armeen, sondern Individuen mit eigenen Interessen, Bedürfnissen und Zukunftsplänen. Dazu gehört auch die Zurückweisung soldatischer Männlichkeitsbilder, die Härte, Gehorsam und Hierarchie als Leitbilder setzen und damit emanzipatorische Jugendarbeit unterlaufen.

4. Wir setzen uns für eine Stärkung ziviler Konfliktlösung, weitsichtige Sicherheitspolitik, internationale Kooperation sowie wirksame Sanktionen gegen menschenverachtende, autoritäre und terroristische Regime und Organisationen ein.



Sicherheit entsteht durch präventive Friedensarbeit, soziale Gerechtigkeit, demokratische Strukturen und internationale Solidarität, die autoritäre wie terroristische Akteure klar benennt und ihnen Grenzen setzt – nicht durch militärische Pflichtdienste für den deutschen Staat.

5. Gleichzeitig grenzen wir uns deutlich von jenen Gruppierungen ab, die im Sinne des russischen Kremls oder anderer autoritärer Regime die reale Gefahr imperialistischer Kriege relativieren oder leugnen oder das Leid jener ignorieren, die unter Terror und staatlicher Gewalt leben müssen. Unsere Kritik an der Wehrpflicht ist kein Freibrief für Geopolitikverharmlosung. Wir stehen solidarisch zu allen Menschen, die unter autoritären oder terroristischen Akteuren leiden und zu allen, die sich gegen Angriffe und Terror verteidigen müssen.

6. Der BDP verpflichtet sich, in seiner Bildungsarbeit weiterhin antimilitaristische, friedenspolitische, demokratische und geschichtsbewusste Inhalte zu stärken und diese ausdrücklich durch die Auseinandersetzung mit autoritären, rassistischen, antisemitischen und patriarchalen Ideologien sowie gegen soldatische Männlichkeitsbilder zu verbinden.

Wir wollen junge Menschen befähigen, kritisch, solidarisch und reflektiert auf gesellschaftliche Entwicklungen und sicherheitspolitische Debatten zu reagieren und deren historische Hintergründe einzuordnen.

7. Der BDP stärkt die Beratung und Unterstützung junger Menschen, die eine Kriegsdienstverweigerung anstreben, um jungen Menschen einen selbstbestimmten Umgang mit staatlichen Anforderungen in militärischen Kontexten zu ermöglichen. Der BDP baut – vorzugsweise durch die Bundeszentrale – gezielt Kompetenzen in der überregionalen Kriegsdienstverweigerungsberatung auf.

Dazu sollen Multiplikator*innen ausgebildet werden, die qualifizierte, parteiliche und niedrigschwellige Beratung anbieten können. Die Schulungen erfolgen in Form von Inhouse-Fortbildungen und werden fachlich durch die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. unterstützt.

Begründung:

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht stellt einen direkten Eingriff in die Selbstbestimmung junger Menschen dar und ist ein Ausdruck staatlicher Militarisierung. Als antifaschistischer, emanzipatorischer Jugendverband ist es für den BDP notwendig, klare Position zu beziehen: Wir schützen junge Menschen, stärken ihre Freiheit und fördern kritisches, solidarisches Denken.

Der Antrag schärft unser politisches Profil: Wir treten konsequent gegen autoritäre, rassistische, antisemitische und patriarchale Strukturen ein – inklusive soldatischer Männlichkeitsbilder. Durch die Positionierung gegen Werbung für Kriegsdienste in pädagogischen und sozialen Räumen sowie durch



Bund Deutscher Pfadfinder_innen (BDP)
Bundesdelegiertenversammlung (BDV)
05. - 07.12.2025 in Immenhausen

die Stärkung geschichtsbewusster, friedenspolitischer Bildungsarbeit können wir stärker in politische und jugendpolitische Debatten intervenieren. Der BDP tritt als politisch mündiger, antifaschistischer Jugendverband auf, der demokratische und menschenrechtsorientierte Werte aktiv verteidigt.